

Mindeststandards der Daseinsvorsorge in peripheren ländlichen Räumen – Erfahrungen mit Handlungsansätzen und alternativen Strategien



- (1) Ausgedünnte ländliche Räume, ländlich periphere Räume – Was verstehen wir darunter?
- (2) Demografische Eckdaten für periphere Ländliche Räume
- (3) Eckdaten kommunaler Finanzen
- (4) Mindeststandards der Daseinsvorsorge im Kontext dieser Herausforderungen
- (5) Daseinsvorsorge und gleichwertige Lebensbedingungen
- (6) Internationale und nationale Lösungsansätze

Ausgedünnte ländliche Räume,
ländlich periphere Räume –
Was verstehen wir darunter?

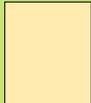
Ausgangspunkt der Abgrenzung dieses Raumtyps ist die verknüpfende **Raumtypisierung nach Siedlungsstruktur- und Lagetypen** von Spangenberg und Schlömer.

Die zentralen Unterscheidungsmerkmale der Gemeinden sind danach:

1. Prägung im Stadt-Land-Kontinuum
2. Lage/Erreichbarkeit

Zu den peripheren ländlichen Räumen zählen demnach die Raumtypen 11 und 21

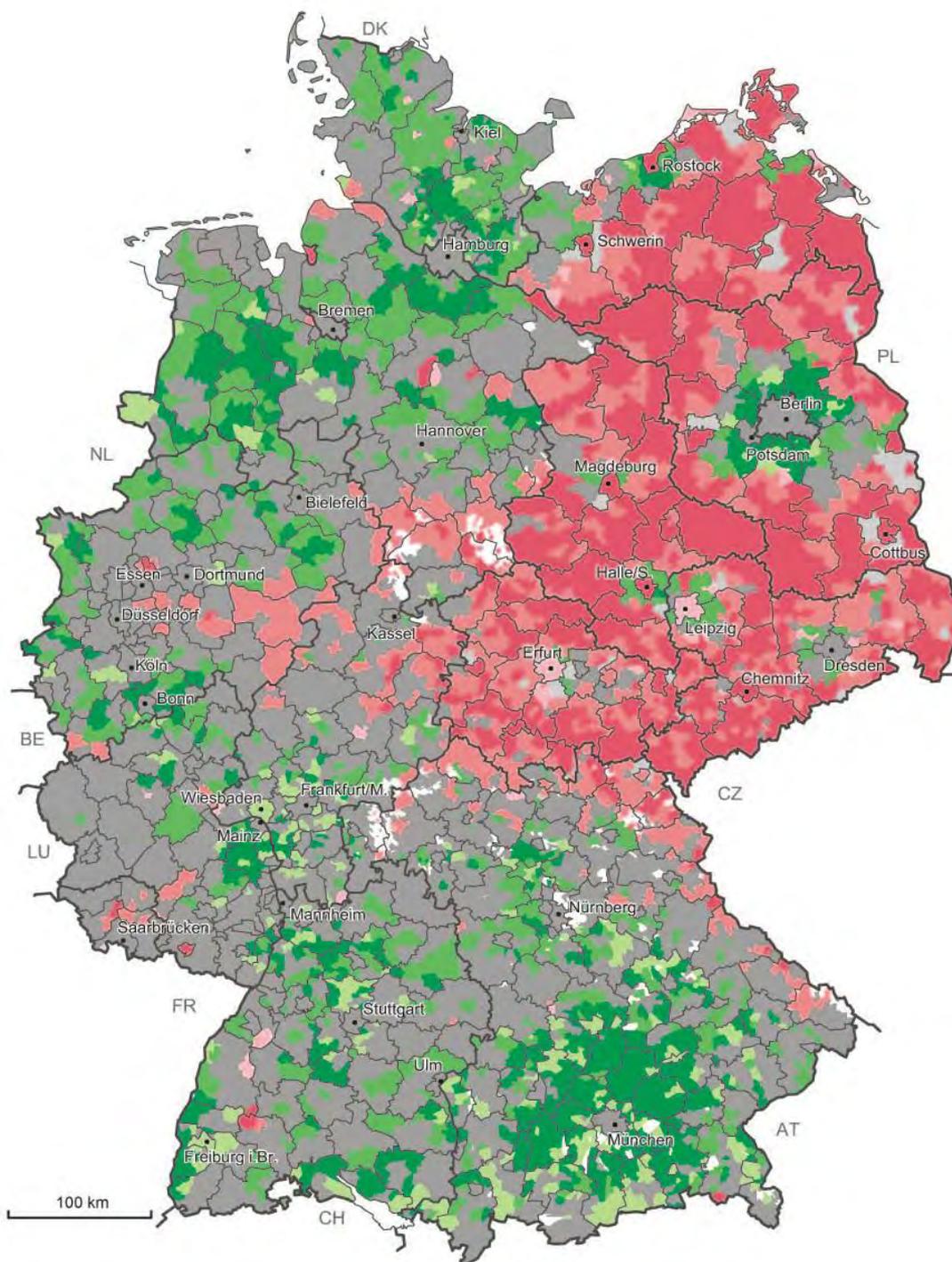
Prägung im Stadt-Land-Kontinuum

	städtisch	gemischt	ländlich
sehr zentral	43 	42 	41 
zentral	33 	32 	31 
peripher	23 	22 	21 
sehr peripher	13 	12 	11 

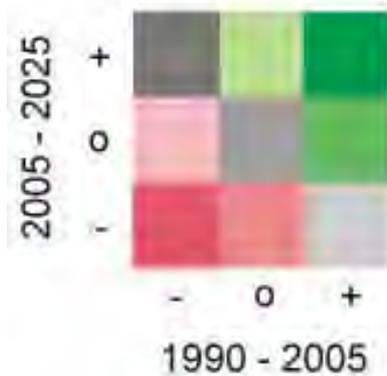
Lage/Erreichbarkeit

Demografische Eckdaten für periphere ländliche Räume

Bevölkerungsentwicklung 1990 bis 2025



Bevölkerungsentwicklung im Zeitraum ...



	1990-2005	2005-2025
+	> 115,0	> 106,8
0	103,4	98,0
-	< 91,7	< 89,1

Basisjahr = 100

keine Daten

© BBR Bonn 2010

Datenbasis: Laufende Raumbeobachtung des BBSR
Geometrische Grundlage: BKG, Verbandsgemeinden,
31.12.2005

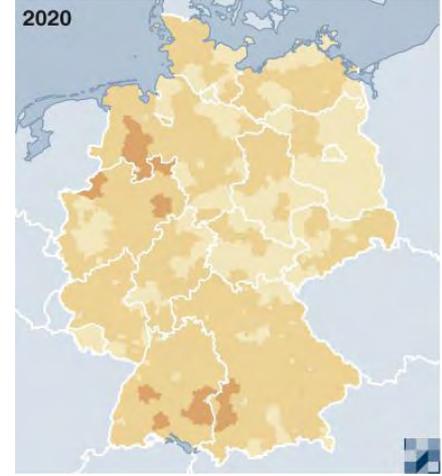
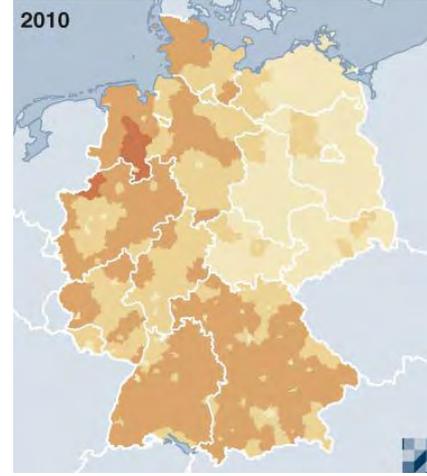
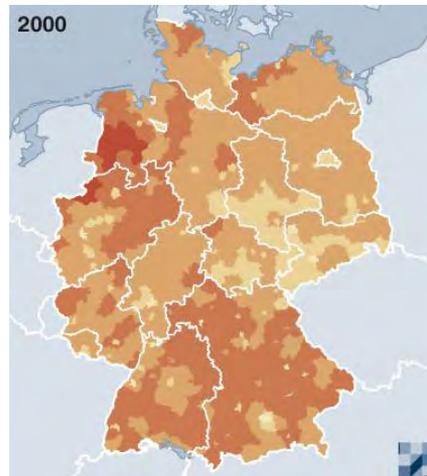
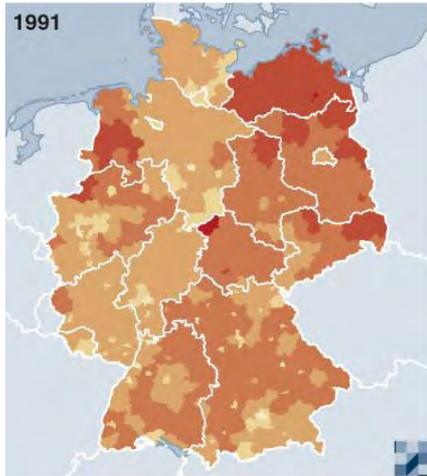
1991

2000

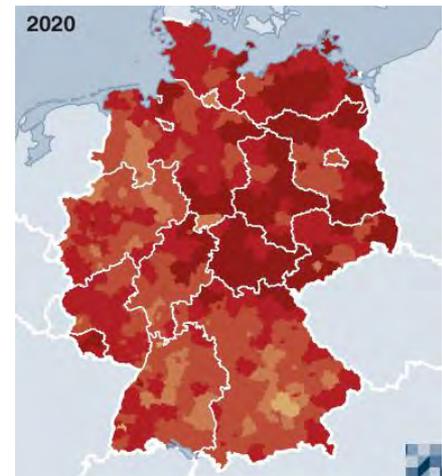
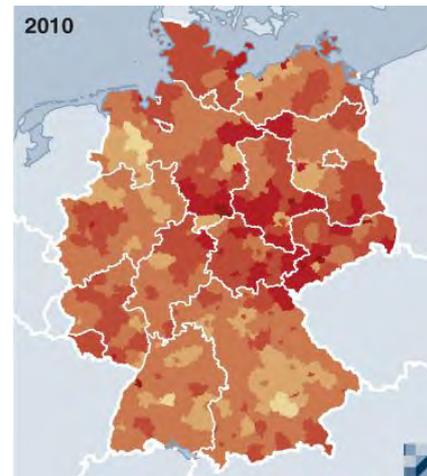
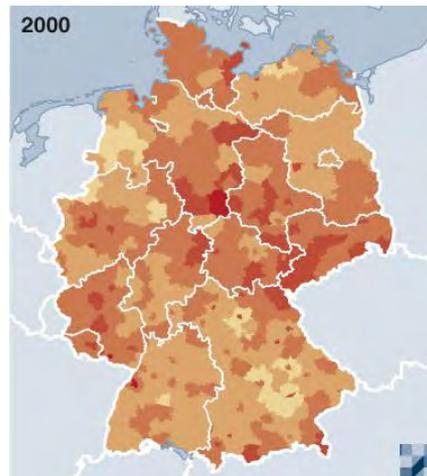
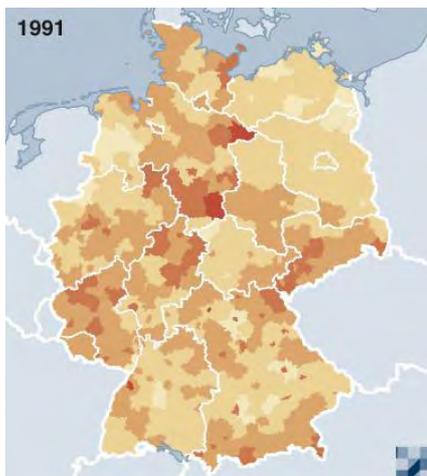
2010

2020

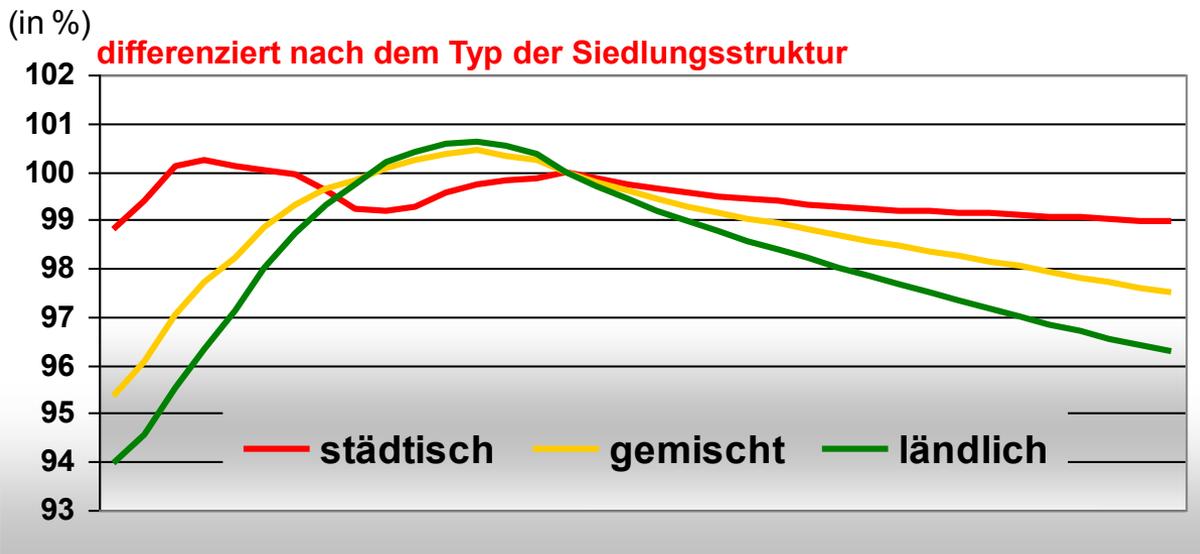
Junge Menschen (< 20)



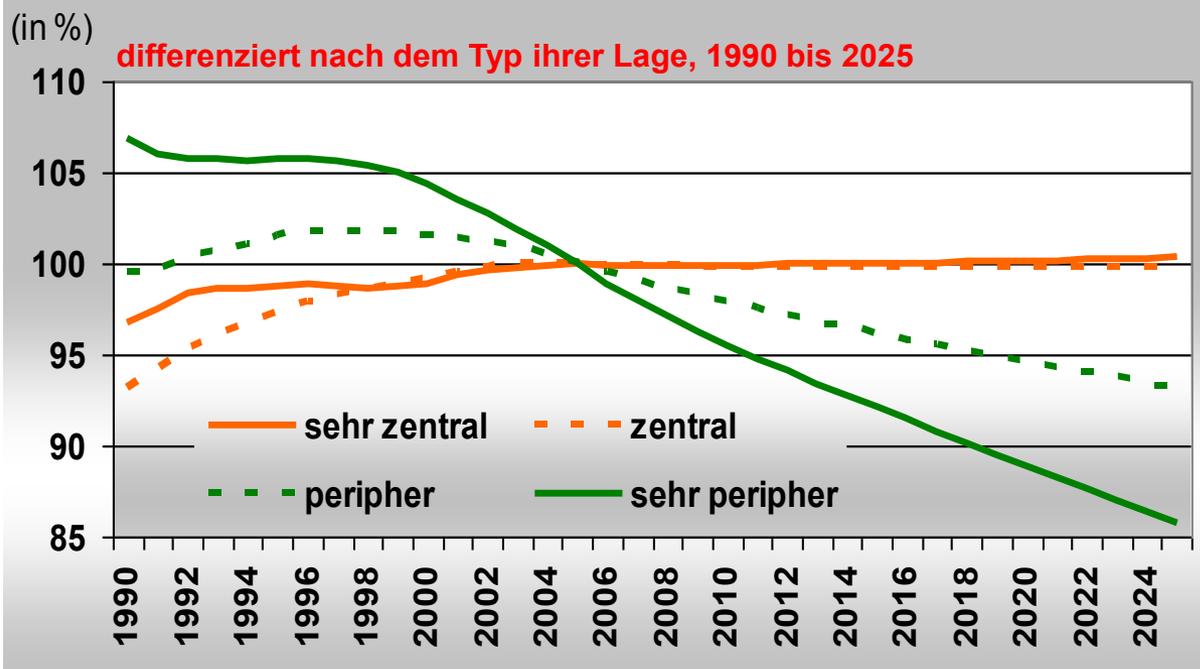
Ältere Menschen (60 +)



Entwicklung der Bevölkerungszahl in den Gemeinden Deutschlands, 1990 bis 2025



Die Typisierungsvariable **peripher** war für das Ausmaß demografischer Schrumpfungsprozesse **wichtiger als** die Kategorie **ländlich**.



Diese Aussage gilt für die den Zeitraum **1990 bis 2005**.

Sie wird im Prognosezeitraum **2005 bis 2025** noch bedeutsamer.

Langzeitarbeitslosigkeit, Bevölkerungs- und Wanderungsentwicklung

Gemeindetyp/ Alte und Neue Länder/ Typ-MVP	Langzeit- ALQ	Bevölkerungs- entwicklung in %			Wanderungssaldo je 10.000 Ew	
	2005	1994- 2000	2000- 2005	2005- 2025	1994- 2000	2001- 2005
D – städtisch	3,7	0,8	0,4	-1,0	-1,2	28,3
D – gemischt	3,2	4,5	0,4	-2,5	45,5	13,5
D – ländlich	3,0	5,7	0,7	-3,7	64,9	6,9
D - sehr zentral	3,5	2,1	1,3	0,3	11,8	31,9
D – zentral	2,9	5,5	1,8	-0,3	50,1	30,2
D – peripher	3,5	2,3	-1,7	-6,8	29,1	-6,9
D - sehr peripher	5,4	-1,1	-5,4	-14,3	14,6	-48,8
Alte Länder	2,7	4,8	1,8	0,3	33,5	31,1
Neue Länder	6,0	-3,7	-4,4	-11,4	0,1	-25,8
MVP ländlich + peripher	5,1	14,0	3,8	-8,3	272,1	-8,0
MVP ländlich + sehr peripher	7,6	-2,5	-6,9	-17,9	32,3	-84,3

Quelle: Laufende Raumbewertung des BBR, eigene Berechnungen

Überdurchschnittlich starker Bevölkerungsrückgang

(Auslastungsprobleme der Infrastruktur; Einschränkungen der Marktwirtschaft infolge unzureichender Marktpotenziale, z.B. bei Handel, Dienstleistungen, Immobilienwirtschaft, Fachkräftemangel ...)

Höchste Intensität der Wanderungsverluste, die durch Suburbanisierungsgewinne nicht mehr kompensiert werden (Selektive Wirkungen auf demografische Strukturen und Humankapital, zivilgesellschaftliches Handeln, Attraktivität des Standortes ...)

Schwerpunkt demografischer Alterung

(Innovationsbremse!?, Pflegeproblematik, funktionsfähiger Immobilienmarkt, vielfältiges Dorfleben gestalten, bürgerschaftliches Engagement)

Stärkste Disproportionen in der Geschlechterstruktur

der Bevölkerung, bei kontinuierlicher Zunahme des Männerüberschusses (Partnerschaftsmarkt, soziale Netzwerke ...)

Eckdaten kommunaler Finanzen

„Wir sind ausgepresst wie eine Zitrone,
größere Einsparpotenziale sind nicht darstellbar ...

Ich untertreibe gewiss nicht, wenn ich sage,
dass die kommunale Selbstverwaltung
in akuter Gefährdung steht.

Wir werden unsere Aufgabe
nicht mehr im gewohnten Umfang
und der erforderlichen Qualität
erfüllen können“.

Quelle:

Etatrede des Grevener Bürgermeisters Peter Vennemeyer, 9. Dezember 2009 in:
http://www.dstgb.de/homepage/kommunalreport/wir_sind_ausgepresst_wie_eine_zitrone/index.html

- Die Steuereinnahmen der Kommunen sind um 13 Prozent eingebrochen.
- die Gewerbesteuer sogar um mehr als 20 Prozent.
- Der Überschuss im kommunalen Gesamthaushalt hat sich in ein Minus von 6,7 Milliarden Euro umgekehrt.
- Die Kassenkredite sind im Vergleich zum Vorjahreszeitraum drastisch um 4,5 Milliarden Euro gestiegen, auf 33,8 Milliarden Euro.

Quelle:

Zahlen des Statistischen Bundesamtes für die ersten drei Quartale 2009

- Die Steuereinnahmen der Kommunen sind um 13 Prozent eingebrochen.
- die Gewerbesteuer sogar um mehr als 20 Prozent.
- Der Überschuss im kommunalen Gesamthaushalt hat sich in ein Minus von 6,7 Milliarden Euro umgekehrt.
- Die Kassenkredite sind im Vergleich zum Vorjahreszeitraum drastisch um 4,5 Milliarden Euro gestiegen, auf 33,8 Milliarden Euro.

Quelle:

Zahlen des Statistischen Bundesamtes für die ersten drei Quartale 2009

- Die Steuereinnahmen der Kommunen sind um 13 Prozent eingebrochen.
- die Gewerbesteuer sogar um mehr als 20 Prozent.
- Der Überschuss im kommunalen Gesamthaushalt hat sich in ein Minus von 6,7 Milliarden Euro umgekehrt.**
- Die Kassenkredite sind im Vergleich zum Vorjahreszeitraum drastisch um 4,5 Milliarden Euro gestiegen, auf 33,8 Milliarden Euro.

Quelle:

Zahlen des Statistischen Bundesamtes für die ersten drei Quartale 2009

- Die Steuereinnahmen der Kommunen sind um 13 Prozent eingebrochen.
- die Gewerbesteuer sogar um mehr als 20 Prozent.
- Der Überschuss im kommunalen Gesamthaushalt hat sich in ein Minus von 6,7 Milliarden Euro umgekehrt.
- Die Kassenkredite sind im Vergleich zum Vorjahreszeitraum drastisch um 4,5 Milliarden Euro gestiegen, auf 33,8 Milliarden Euro.

Quelle:

Zahlen des Statistischen Bundesamtes für die ersten drei Quartale 2009

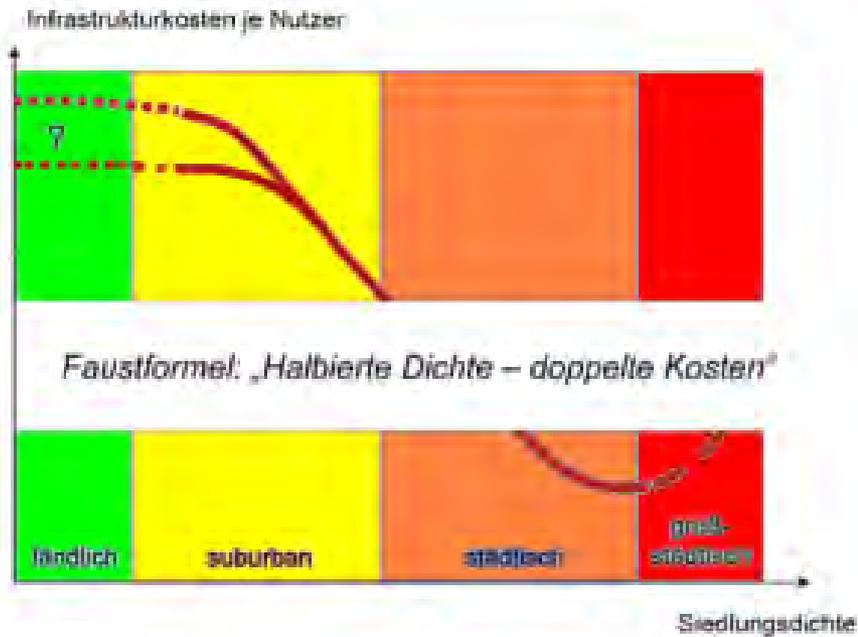
Rückläufiges Bevölkerungspotenzial und eine ungünstige Finanzausstattung der Kommunen sind bereits äußerst ungünstige Entwicklungsbedingungen für Kommunen im peripheren ländlichen Raum.

Diese Situation wird aber noch verstärkt durch:

- steigende Infrastrukturinvestitionskosten je Einwohner bei abnehmender Einwohner- bzw. Siedlungsdichte.
- Remanenzkosten, die gerade in peripheren ländlichen Räumen auftreten.

Siedlungsstruktur/ Infrastruktur

- Nahversorgung
- ÖPNV
- Infrastrukturkosten
- Agglomerationsvorteile
- ...



Raumtypisierung

- ländlich geprägt
- gemischt geprägt
- städtisch geprägt

Lebensmitteleinzelhandel

- Lebensmitteleinzelhandel
> 100 m² Verkaufsfläche

Diese Situation wird noch verstärkt durch:

- steigende Infrastrukturinvestitionskosten je Einwohner bei abnehmender Einwohner- bzw. Siedlungsdichte.
- **Kostenremanenzeffekte, die gerade in peripheren ländlichen Räumen auftreten.**

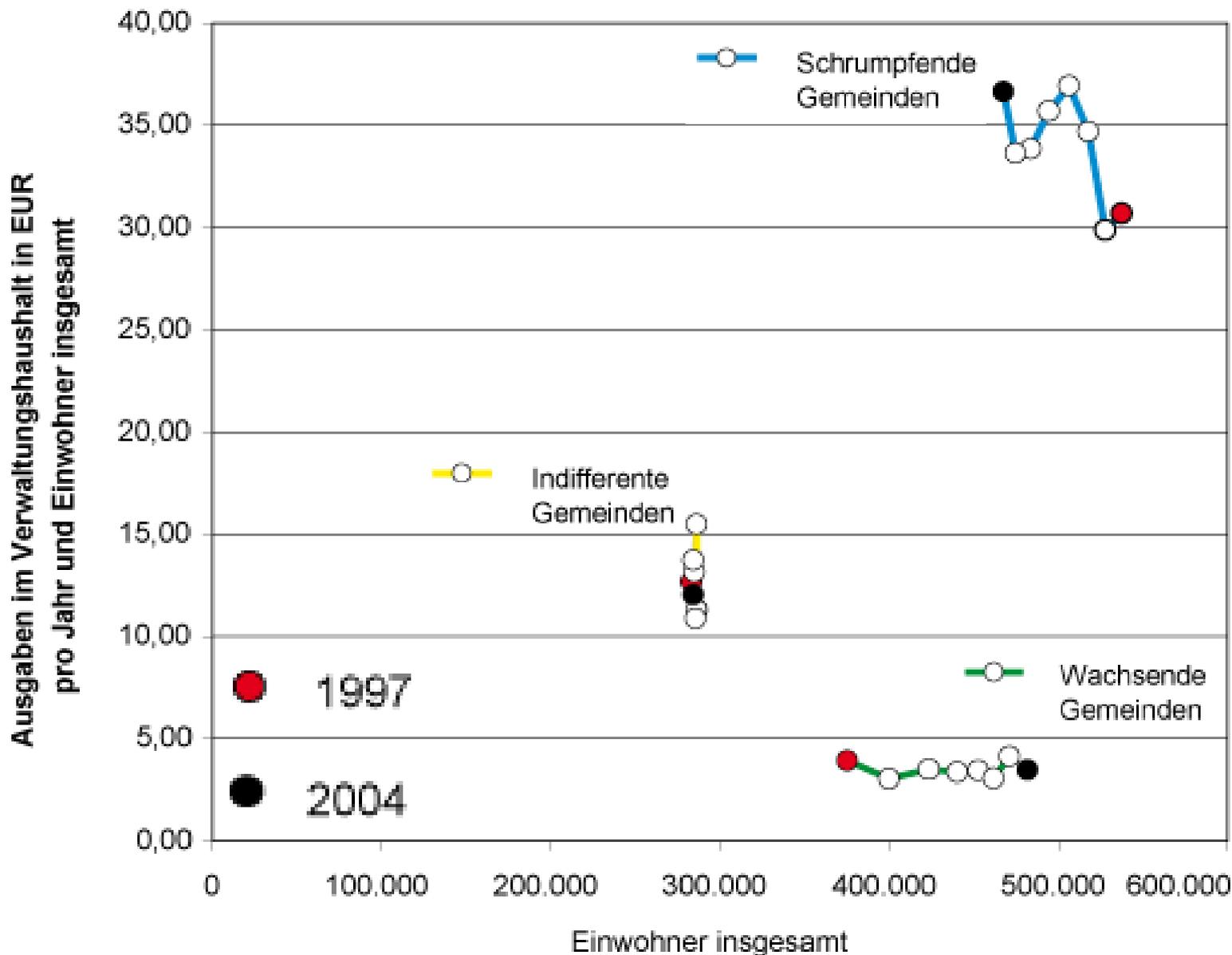
Kostenremanenz

Kostenremanenz beschreibt das Phänomen, dass die Ausgaben einer Gebietskörperschaft für eine bestimmte kommunale Leistung - **trotz administrativer und politischer Anpassungsbemühungen** - nicht in dem Maße sinken, wie diese zuvor bei Bevölkerungswachstum gestiegen sind.

Die Folge sind **steigende pro Kopf-Ausgaben**

- Ursachen:**
- Unteilbarkeit von Infrastrukturen,
 - hohe Fixkostenanteile,
 - Mangelnde Anpassungsfähigkeit und/oder -bereitschaft,
 - Fehleinschätzung der Anpassungsmöglichkeiten.
 - unterschiedliche Interessenslagen
 - Selbst die Anpassung von Kapazitäten erfordert oft größere Investitionen für den Um- oder Rückbau

Veränderung der Ausgaben pro Einwohner der städtischen kreisangehörigen Gemeinden in Brandenburg 1997 bis 2004 für den Aufgabenbereich "Kunst- und Kulturpflege"



Quelle: Die demografische Entwicklung in Ostdeutschland und ihre Auswirkungen auf die öffentlichen Finanzen, Schriftenreihe Forschungen des BMVBS und des BBR, Heft 128, 2008

Remanenzkosteneffekte zeigen sich vor allem in den Einzelplänen 0, 1, 2 und 6

- Gemeindeorgane
- Rechnungsprüfung, Hauptverwaltung, Finanzverwaltung und übergeordnete Einrichtungen der Verwaltung
- Rettungsdienst
- Schulverwaltung, Schulen und Schülerfahrtkosten
- Kulturverwaltung, Volkshochschulen, Bibliotheken und sonstige Volksbildung
- Allgemeine Sozialverwaltung, Verwaltung der Jugendhilfe, Versicherungsamt und Gesundheitsverwaltung
- Jugend(sozial)arbeit und Jugendwohnheime
- Förderung der Erziehung, Förderung von Kindern sowie Hilfe zur Erziehung
- Einrichtungen der Gesundheitspflege, eigene Sportstätten und Badeanstalten
- Bauverwaltung, Städteplanung, Bauordnung und Wohnungsbauförderung
- Gemeindestraßen und Kreisstraßen.

Auslastungsprobleme
bestehender Infrastrukturen
(sozialer, medizinischer,
kultureller, technischer,
verkehrlicher ...)

Sinkender
Einnahmen
(Steuern,
Gebühren ...)

Beeinträchtigung
marktwirtschaftlicher
Mechanismen mangels
Bevölkerungspotenzial
(Wohnungsmarkt,
Handwerk und
Gewerbe)

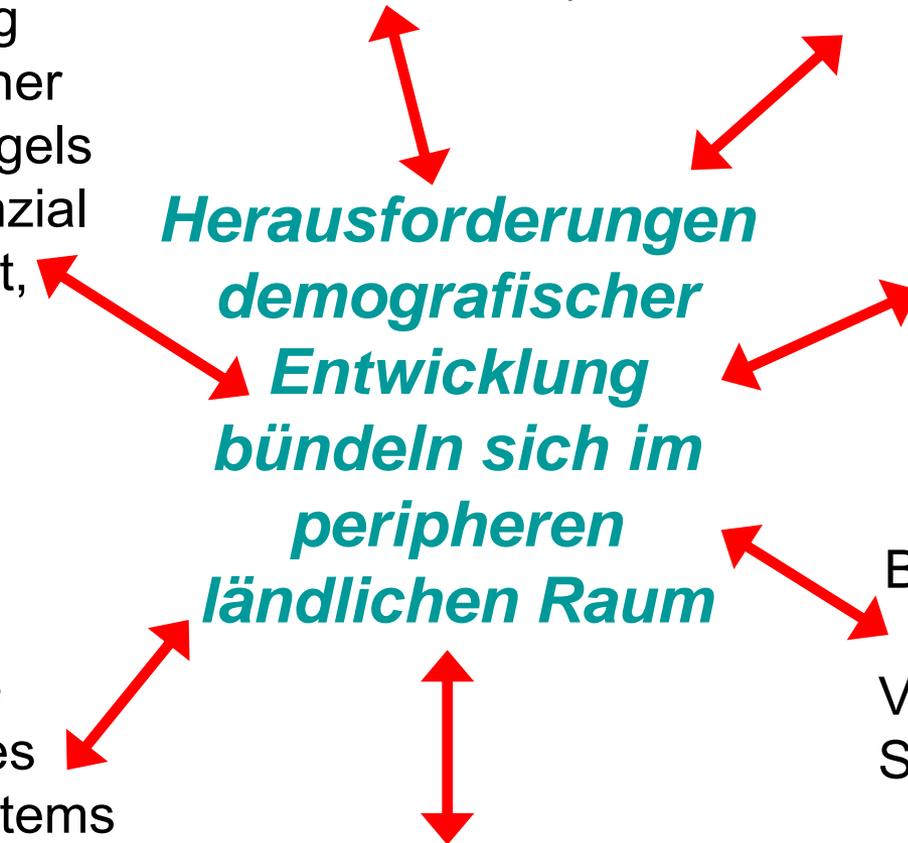
***Herausforderungen
demografischer
Entwicklung
bündeln sich im
peripheren
ländlichen Raum***

Strukturelle
Arbeitsmarkt-
defizite

Beeinträchtigung der
Standortqualität &
Verschlechterung der
Standortperspektiven

Zunehmende
Gefährdung des
Zentrale-Orte-Systems

Erhöhung des
Abwanderungsdrucks



Demografische
Herausforderungen

+

Begrenzt
Einwohnerpotenzials &
geringen Siedlungsdichte



**Der periphere ländliche Raum
braucht neue, innovative Lösungsansätze!**

Anforderungen an künftige Maßnahmen sollten hier sein:

- o Überprüfung auf Demografiefestigkeit
- o Einbindung in regionale Entwicklungskonzepte
- o Förderung interkommunaler Kooperationen, da wo es Sinn macht
- o Förderung integrierter und/oder flexibler Lösungsansätze
- o Förderung & Förderung von ressortübergreifenden Aktivitäten
- o Förderung & Förderung bürgerschaftliches Engagements
- o Demografische Komponenten im kommunalen Finanzausgleich!?
- o PPP-Projekte fördern
- o
- o

Mindeststandards der Daseinsvorsorge im Kontext dieser vielfältigen Herausforderungen

Die Bündelung der Problemlagen im peripheren ländlichen Raum stellt auch die Daseinsvorsorge vor große Herausforderungen



Im Zusammenhang mit der Absicherung einer leistungsfähigen Daseinsvorsorge sind vor allem zwei Fragen interessant:

- Lässt sich das Gebot der Absicherung gleichwertiger Lebensbedingungen in allen Regionen unter diesen Umständen überhaupt noch aufrechterhalten?
- Darf man sich in Regionen, in denen es zu einer Bündelung dieser vielfältigen Herausforderungen kommt, auf die Absicherung von Mindeststandards der Daseinsvorsorge zurückziehen?

Im Zusammenhang mit der Absicherung einer leistungsfähigen Daseinsvorsorge sind vor allem zwei Fragen interessant:

- Lässt sich das Gebot der Absicherung gleichwertiger Lebensbedingungen in allen Regionen unter diesen Umständen überhaupt noch aufrechterhalten?
- Darf man sich in Regionen, in denen es zu einer Bündelung dieser vielfältigen Herausforderungen kommt, auf die Absicherung von Mindeststandards der Daseinsvorsorge zurückziehen?

Die Beantwortung dieser Fragen birgt eine hohe politische Brisanz!

Das zeigt u.a. die Reaktion der Politik auf mehrere Gutachten des Berlin-Institutes für Bevölkerung und Entwicklung

Gutachten zum demografischen Wandel im Land Brandenburg Expertise im Auftrag des Brandenburgischen Landtages
Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung
Mai 2007

Gutachten für das BMVBS
Demografischer Wandel. Ein Politikvorschlag unter besonderer Berücksichtigung der Neuen Länder
Juni 2009

Vorschläge des Berlin-Institutes u. a.:

Neben den Strategien des „Anpassens“ und „Gegensteuerns“ braucht man etwas Drittes – eine gewendete Sicht darauf, wie der Staat Chancen zulassen und **neue Stärken gezielt fördern** kann (Stichwort „**Ermöglichen**“).

Alle Versuche regionaler Akteure den Folgen des Schrumpfens zu begegnen sollten daraufhin bewertet werden, **wie viel Raum** sie **für die Eigenständigkeit lokaler Entwicklungen** lassen.

- Nötig ist ein Paradigmenwechsel!
- Rückgang akzeptieren!
- Chance für Neuorientierung nutzen!
- Nicht in Strukturen sondern in Dienstleistungen denken!
- Autonomie zulassen!
- Problemregionen in einem Wettbewerb fördern!
- Akzeptieren, dass manche Regionen nicht förderbar sind!

BMVBS erklärt zur Studie:

"Es mag aus wissenschaftlicher Sicht rational erscheinen, bestimmte Regionen nicht weiter zu fördern. Das ist für die Bundesregierung aber absolut inakzeptabel. Wir geben keinen Menschen auf, wir geben kein Dorf auf, wir geben keine Region auf."

Daseinsvorsorge und gleichwertige Lebensbedingungen

Für diese Herausforderungen gibt es noch keine angemessenen Raumentwicklungspolitik

Prof. Jürgen Aring. Gleichwertige Lebensverhältnisse - Inverse frontiers - Selbstverantwortungsräume.
In: IBA Stadtumbau Sachsen-Anhalt 2010 Hg.: Weniger ist Zukunft. 19 Städte - 19 Themen.
Berlin 2010 (Jovis Verlag), S. 764-777

Extremscenario

Schrumpfbilder
verlassener Räume
und Dorfwüstungen



Der Streit geht
vor allem um
politische
Akzeptanz

Gegenreaktion

Diese starken Bilder
werden mit Abscheu
als „unakzeptabel“
zurückgewiesen.

Der Trend zur wachsenden räumlichen Ungleichheit zwischen dicht besiedelten Zentralräumen und dünn besiedelten Periphereräumen mit Bevölkerungsschrumpfung ist offensichtlich.

Wenn dem so ist, dann wird es mittelfristig immer schwieriger eine Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse für alle Teilräumen des Landes zu garantieren.

Wer diese Position vertritt stellt den gesellschaftlichen Grundkonsens zur Disposition und fordert einen neuen Gesellschaftsvertrag.

**Von Schweden, Norwegen
oder Finnland lernen?**

Eher nicht!

**Unsere Gesellschaftsverträge
unterscheiden sich zu stark**

Ein Beispiel

Småland, das Herz Südschwedens mit einer Unzahl von Seen und Nadelwäldern, abseits der dichter besiedelten Küstenräume

Bericht eines jungen dt. Arztes über die Organisation des Gesundheitswesens:

- wohnt in Vetlanda (300-Einwohner, 1600 km² (**etwa ein Drittel der Altmark**) Bevölkerungsdichte 18 Einw./pro km²)
- ist bei der Kommune angestellt und für die Betreuung von etwa 4000 Kindern in einem weit gestreckten Raum zuständig.
- hat regelmäßige Arbeitszeiten von etwa 8 bis 17 Uhr, freie Wochenenden und er wird regelmäßig für Fortbildungen freigestellt.
- Er hat keinen Landarzt-Stress, wie man ihn in Deutschland kennt.
- Wenn ein Kind abends krank müssen die Eltern bei einer Gesundheitszentrale anrufen. Dort versucht man die Situation einzuschätzen und gibt Empfehlungen. Meistens reicht das um die Nacht zu überbrücken.
- Wenn ein sofortiger Arztbesuch unvermeidbar ist, dann müssen die Eltern ihr Kind zum Kreiskrankenhaus bringen, das etwa 75 Kilometer entfernt liegt.

Wäre eine solche „Unterversorgung“ in Deutschland akzeptabel?

Wir brauchen:

- einen neuen Gesellschaftsvertrag, der auf räumliche Unterschiede mit differenzierten Regularien reagiert und so mehr lokale Selbstverantwortung ermöglicht und erzwingt.
- keine Qualitätsdiskussion, die sich am Maßstab dicht besiedelter Räume orientiert
- eine Diskussion um ein Gemeinwesen, das im Alltag funktioniert.

Zwei Gedanken können hier hilfreich sein.

- die Ermöglichung und Erzwingung von kommunaler Selbstverantwortung durch Anpassung der kommunalen Selbstverwaltungsstrukturen an Funktionalräume.
- die Ermöglichung einer Differenzierung des Gemeindegebietes in Garantieräume und Selbstverantwortungsräume.

Warum Anpassung der kommunalen Selbstverwaltungsstrukturen an Funktionalräume?

- Die derzeitigen administrativen Struktur nutzen das Potenzial kommunaler Selbstverwaltung nicht aus.
- Sie sind als Handlungsebene im demographischen Wandel ungeeignet.
- Sie haben nur begrenzte personelle Kapazitäten, viele Aufgaben sind an die Kreise abgegeben.
- Aus kommunaler Sicht hat man viele Nachbarn, mit denen man zudem im Wettbewerb steht.
- Für wichtige Fragen scheinen immer „die anderen“ (Nachbarkommunen, Landkreis) zuständig zu sein.
- Die neuen Landkreise sind flächenmäßig oft riesig, nach der Einwohnerzahl bleiben sie aber Zwerge. Damit sind sie nur begrenzt leistungsfähig.
- Kreise finden auf die räumlichen Konflikte keine optimale Antwort, weil sie die Teilräume ja möglichst gleich behandeln müssen.

Angesichts solcher Strukturen ist die Herausbildung neuer tragfähiger Raumstrukturen nahezu unmöglich.

Die entscheidende politische und administrative Handlungsebene liegt in der Zukunft bei den Großkommunen.

- **Sie ersetzen die heutigen Kleinkommunen und Verwaltungsgemeinschaften. Gleichzeitig würden die Landkreise aufgelöst. Ihre Aufgaben würden vorrangig auf die Kommunen übertragen und ansonsten in einem Zweckverbandsmodell (für Krankenhauswesen, Verkehrsverbund, Regionalmarketing ...) bewältigt.**
- **Mit den Mittelbereich um ein Mittelzentrum haben wir schon heute solch eine funktionale Alltagsebene. In diesem Kontext sollten die alltäglichen Angebote der Daseinsvorsorge bereitgestellt werden.**
- **Die Gewählten könnten die demographisch bedingten Umbauprozesse ihres Raumes selbst entscheiden, müssten diese dann aber auch erklären und politisch vertreten. Sie wären damit aktive Gestalter des neuen Gesellschaftsvertrages.**
- **Sie würden dann auch über die räumliche Verteilung der Ungleichheit und damit über einen differenzierten Grad an Betroffenheit entscheiden.**

Garantieräume

Diesen Teilräume wird eine „Garantie der Daseinsvorsorgesicherung“ gegeben. Für sie bliebe es bei „gleichwertigen Lebensverhältnissen“. **Konzentration kommunaler Ressourcen auf die Garantieräume.**

Selbst-

verantwortungsräume

Für die übrigen, meist kleinen dispersen Ortschaften gilt dies nicht mehr. Dort gibt es keine Garantie „gleichwertiger Lebensverhältnissen“.
(niedrigere Standards der Versorgungsdichte oder von Erreichbarkeitszeiten)

- Bund und Länder müssten diesen Ansatz systematisch unterstützen.
- Eine solche Ungleichbehandlung von Räumen funktioniert nur auf Basis eines neuen Gesellschaftsvertrages. Diese Diskussion muss auf Bundesebene geführt werden,
- Legitimation durch Bundesrecht und Gewährung zusätzlicher praktischer Rechtshilfe zur Umsetzung,
- Der verordneten Selbstverantwortung sollten auch neue Freiräume zur Seite gestellt werden (Weniger Regelungen, weniger Steuern und mehr dezentrale Lösungen).

Internationale und nationale Lösungsansätze

Selbstverwaltete Schulbildung in Schweden

In den dünn besiedelten Bereichen Schwedens findet die Schulverwaltung nach einem Bottom-up-Ansatz statt.

- Die **Kommunen entscheiden selbst**, auf welche Weise sie ihre Mittel für die Bildung (im Schnitt 45 Prozent des kommunalen Haushaltes) einsetzen.
- Dass auch arme, abgelegene Orte über ein ausreichendes Budget verfügen, bewirken zunächst **Ausgleichszahlungen reicherer Gemeinden**.
- Bei den zugewiesenen Summen können die **Orte aber frei entscheiden**, ob sie etwa lieber in **dezentrale Zwergschulen** investieren möchten **oder** in ein komfortables **Beförderungssystem für Schüler**. Auch steht es ihnen frei, statt Busse zu bezahlen, lieber **Eltern zu bezuschussen**, die ihre Kinder selbst fahren.

Polikliniken im finnischen Lappland

Im finnischen Norden ist die **Versorgung mit Allgemein- und Fachärzten in wenigen zentralen Orten** in den einstigen Polikliniken vergleichbaren Gesundheitszentren organisiert.

Die **Ärzte – und auch Anbieter von anderen Gesundheitsdiensten – sind dort angestellt**. So bleibt eine relativ nahräumliche Gesundheitsversorgung bezahlbar.

Spezialisten in den entfernten Universitätskrankenhäusern untersuchen die Patienten erfolgreich **per Bildschirmkonferenz** – so werden Kosten gespart und nur die wirklich schwierigen Fälle in größere Städte überwiesen.

Kommunale Landwirtschaft auf Brachen in Detroit

Die Autostadt Detroit hat in den letzten 50 Jahren die Hälfte ihrer Einwohner – rund eine Million verloren.

- Ein Drittel des Detroiters Stadtgebietes besteht heute aus Ruinen und Brachen. Diese nutzen die Bewohner inzwischen zunehmend wie vor der industriellen Revolution: als Ackerland.
- Knapp hundert kommunale Landbaubetriebe stellen mitten in der ehemaligen Industriemetropole vor allem Gemüse zur direkten Vermarktung an den Verbraucher her – oft biologisch erzeugt, nachhaltig, energetisch günstig und gesund.
- Die kommunalen Gärten verbinden Nachbarn und schaffen Gemeinschaft, sie versorgen kostengünstig Arme mit hochwertiger Nahrung und helfen Verbrechen zu verhüten.

Selbstverwaltete Mikroregionen in Mexiko

Einige ärmere Provinzen Mexikos hängen nicht mehr von zentralen Entscheidungen ab. **263 mexikanische Mikroregionen** – Dörfer mit ihren natürlichen Einzugsgebieten – **können** seit einem Pilotprogramm in den späten 1990er Jahren **über die Verwendung ihrer Mittel selbst entscheiden**.

Das hat zu einer **gestiegenen Identifikation der Bewohner mit ihren Regionen** und **effizienteren Verwendung der Gelder** geführt.

Die regionalen Aktivitäten werden von einer bürgergesellschaftlich organisierten Initiative eingeleitet, die von einem Mikroregionskomitee“ quer zu bestehenden Verwaltungsstrukturen „angeführt wurde.

So gelang die Verzahnung der Ziele **mehr Ökologie, mehr regionale Vermarktung, nachhaltigere Nutzung der Natur** durch eine auf *einen* bestimmten Raum und von dessen Bewohnern selbst definierte Nachhaltigkeitsstrategie.

eGovernment und universelles Verwaltungsportal in Norwegen

Unter dem einheitlichen Zugang www.norge.no können die Bürger den Staat über das Internet erreichen und von dort aus eine Reihe von Dienstleistungen abfragen, Formulare ausfüllen und abschicken, Informationen über Rechte und Services einholen und die Homepage jeder Gemeinde betreten.

In einem eAdministration-Chat haben die Bürger die Möglichkeit, auf Fragen sofort eine Antwort der „anwesenden“ Mitarbeiter zu erhalten – in Sekunden, ohne Wartezeit.

Durch einen einzigen einheitlichen Zugang zum Regierungsportal werden Informationszeiten erheblich verkürzt, doppelte Wege abgebaut und die Handlungsschwelle der Teilnehmer verringert.

Partizipative kommunale Finanzplanung in Brasilien

Um die Effizienz der Mittelverwendung zu steigern, hat die brasilianische Millionenstadt Porto Alegre auf ein archaisches demokratisches Instrument zurückgegriffen: die **Diskussion und Entscheidung der wichtigen Punkte durch *alle* Bürger, die sich angesprochen fühlen.**

Während dreier Tage im Herbst wird in großen Hallen besprochen, für welche Ziele die kommunalen Finanzen verwendet werden sollen – mit mehreren zehntausend Teilnehmern.

Auf diese Weise konnten in Porto Alegre **bisher für unerreichbar gehaltene Ziele verwirklicht werden**, etwa die armen Außen-viertel an das Busnetz anzuschließen.

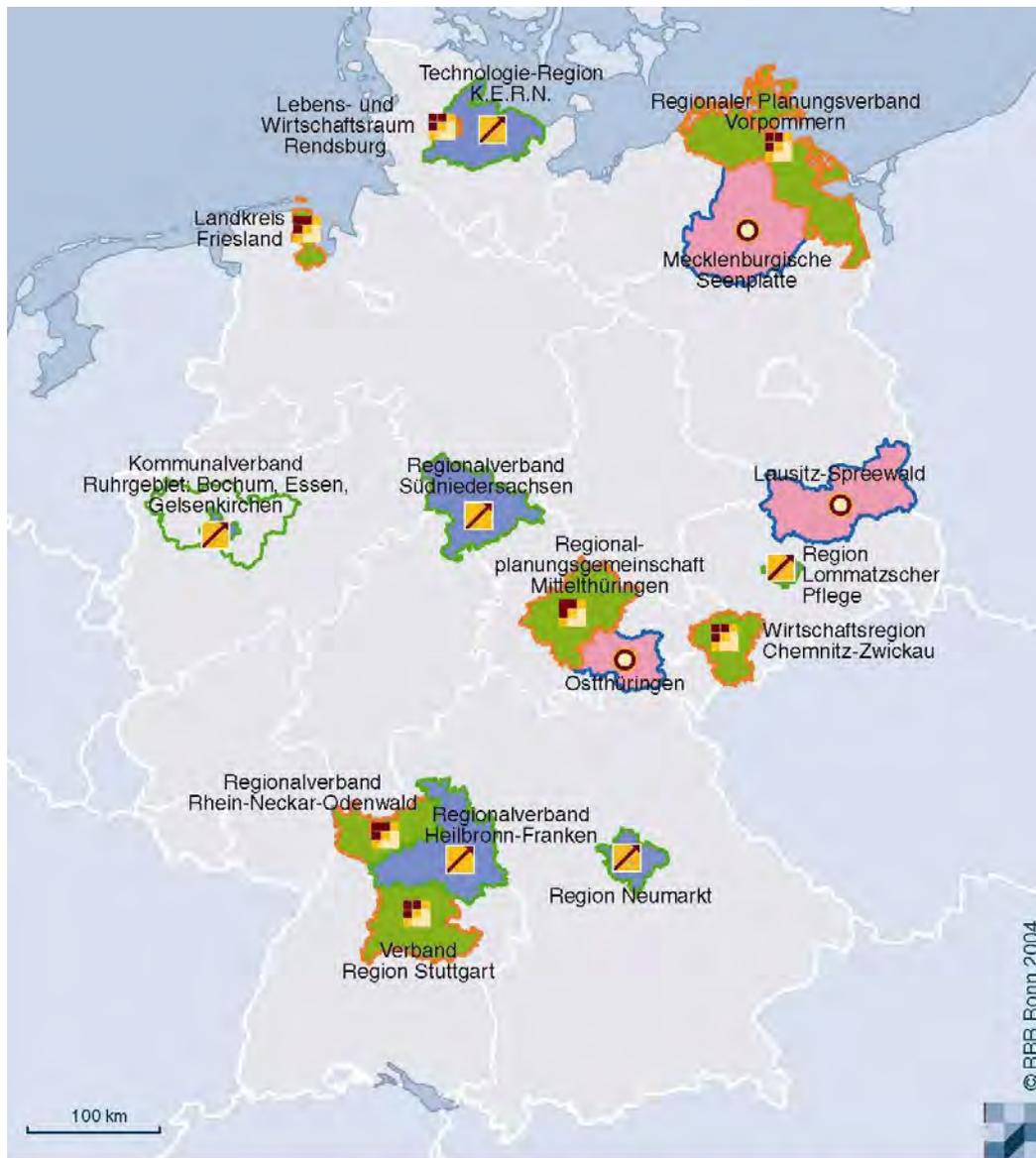
Partizipative Demokratie hat zu einer **effizienten Mittelverwendung** und einer **effektiven Problemlösung** geführt.

Innovative Projekte zur Regionalentwicklung“

o Modellvorhaben zum Themenschwerpunkt „Infrastruktur und demographischer Wandel“

o Modellvorhaben zum Themenschwerpunkt „Nachhaltige Siedlungsentwicklung“

o Modellvorhaben „Demografischer Wandel – Zukunftsgestaltung der Daseinsvorsorge in ländlichen Regionen“



-  Modellvorhaben "Nachhaltige Siedlungs(flächen)entwicklung"
-  Modellvorhaben "Infrastruktur und demographischer Wandel"
-  Modellvorhaben "Anpassungsstrategien für ländliche/periphere Regionen mit starkem Bevölkerungsrückgang in den neuen Ländern"

Masterplan Daseinsvorsorge

durchgeführt von BMVBS, BBSR und sechs Landkreisen

Entwicklung eines **integrierten, anwendungsorientierten Ansatzes** regionaler Daseinsvorsorgeplanung in vier Landkreisen (Stettiner-Haff, Kyffhäuser-Kreis, Werra-Meißner-Kreis, Landkreis Nordfriesland)

Einbeziehung von Bevölkerung, privater Wirtschaft, Kommunalpolitik und Zivilgesellschaft in die Entwicklung des Planes

In jeder Modellregion wird ein Bündel an Infrastrukturen thematisiert. Im Ergebnis liegen **zahlreiche Anpassungs- und Gestaltungskonzepte** vor (Schulen, Energie, Nahversorgung, Wasser/Abwasser, Brandbekämpfung/Rettung, Kultur, Jugendarbeit, Gesundheit/Ärzte, Betreuung von Behinderten, Pflege, Kinderbetreuung und ÖPNV)

Besonderheit: Bearbeitung erfolgt in **Netzwerken**, wobei das Erreichen einer sozialverträglichen Versorgungsqualität ein wichtiges Anliegen ist.

Örtlich präzise Umsetzungskonzepte, **wobei jeweils Mindestausstattungen und Maximalentfernungen aufgezeigt werden.**

Begleitend zu den Anpassungs- und Gestaltungsalternativen werden **auch institutionelle Regelungen und Vereinbarungen** vorgeschlagen.

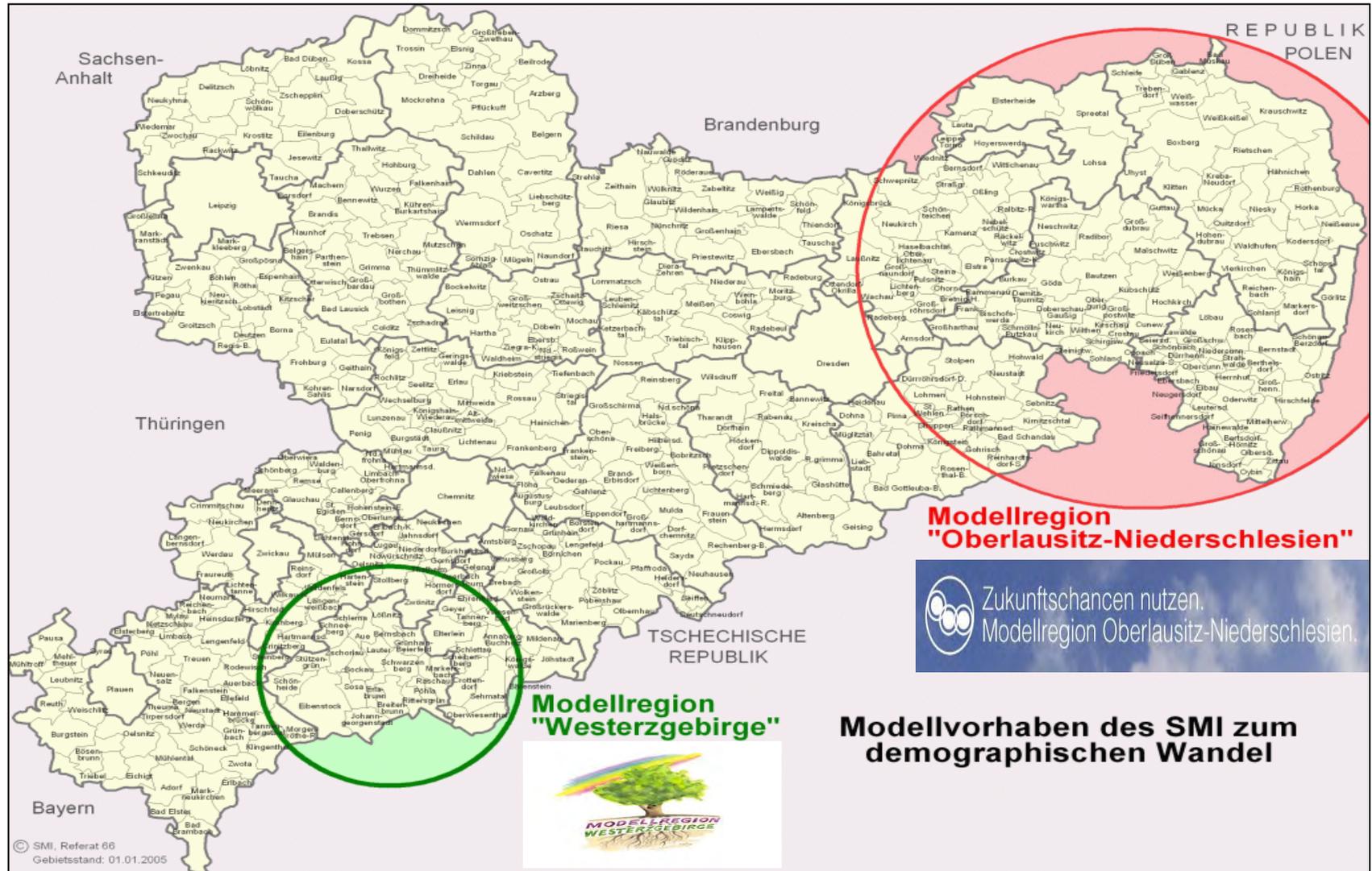
- Modellregion der **BertelsmannStiftung** zur Gestaltung des demographischen Wandels
- Pilotkommune des  **Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport** zur Förderung interkommunaler Zusammenarbeit

Mit Zielen steuern

Ansätze einer neuen Zusammenarbeit zwischen Politik und Verwaltung



Zwei Modellvorhaben der Raumordnung in Sachsen



Allgemeine Ziele der Modellvorhaben

Einstimmung auf Veränderungen und Zusammenbringen aktiver Menschen – kreative Ideen, Visionen für die Zukunft, aber keine Illusionen

Überprüfung bisheriger Standards und Konzepte, Erarbeitung von Lösungsvorschlägen, Festigung guter Lösungen in effizienten Organisationsstrukturen und neuen Angebotsformen

Angepasste Lösungen und Dimensionierungen finden

Verhindern, dass Kommunen über Leistungsfähigkeit hinaus belastet und handlungsunfähig werden

Es hat sich gezeigt:

Vieles geht bereits mit den bestehenden (rechtlichen) Rahmenbedingungen!

Zukunftsfähige Infrastrukturangebote in schrumpfenden Regionen

Am Beispiel Wasserver- und Abwasserentsorgung

Die gegenwärtige Situation



- weniger Einwohner, Industrie und Gewerbe
- sinkender Wasserverbrauch, sinkendes Abwasseraufkommen
- sinkende Einnahmen



- bei hohen Fixkosten
- und steigenden Betriebskosten

Umsetzungsprojekte

Unternehmensorientierte Schrumpfungspolitik

Regionale Kooperation

Bürgergutachten „Bedarfsorientierte Infrastruktur“

Kommunikationsoffensive
„Schrumpfung & Regionale Perspektiven“

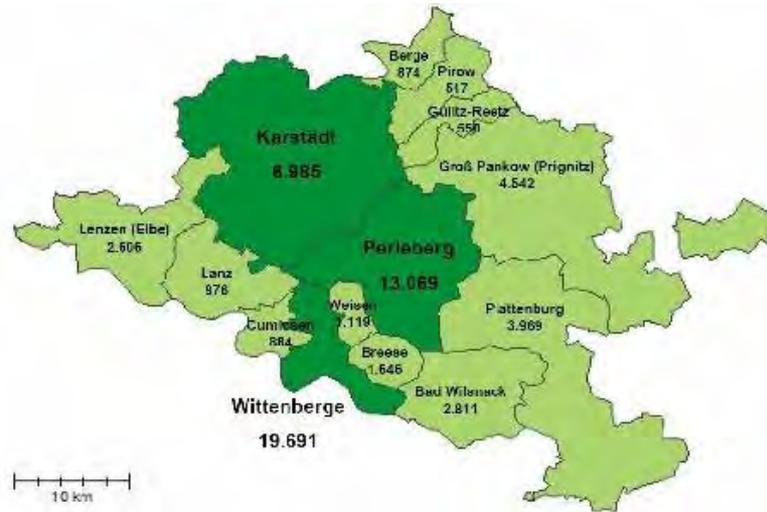
Wissenspool und Informationsportal

Regional Governance im Kulturbereich

Kulturkonzeption für den Regionalen Wachstums-kern Perleberg-Wittenberge-Karstädt



Gemeinde Karstädt



Stadt Perleberg



Stadt Wittenberge

Auswirkungen des demografischen und strukturellen Wandels wurden deutlich?

- Zunehmende Verteilungskonflikte und Konkurrenz unter Kulturanbietern
- Sinkende Besucherzahlen (und Kaufkraft) bei Veranstaltungen
- Verstärkte Nachfrage nach niedrighschwelligen Kulturangeboten
- Geringer Personalschlüssel in den Einrichtungen
- veränderte Altersstruktur der Besucher / Kulturnutzer
- Unterauslastung kultureller Einrichtungen
- Aufgaben der Kommunen steigen

Kooperationen und Vernetzung

- kooperiert wird hauptsächlich mit Einrichtungen in der eigenen Stadt
- Jeder wirbt für sich, wenig Austausch untereinander
- Fehlende Abstimmung / Koordination von Angeboten (Doppelangebote)
- Kaum gemeinsame Projekte und Austauschplattformen
- Erhebliche Kooperationsbarrieren zwischen den Städten

Ergebnisse und Effekte interkommunaler Planung

- gemeinsames Problembewusstsein
- Reflexion und Partizipation (kooperativer Lernprozess)
- Transparenz über Potenziale, Akteure und Ressourcen
- Sensibilisierung für das Thema Kooperation und demogr. Wandel
- Austausch und Vernetzung
- Öffnung für neue Gestaltungsmöglichkeiten und Akteure
- □ Anregungen für Politik- und ressortübergreifendes Handeln

Identifizierung gemeinsamer Handlungsfelder

- Kulturelle Bildung stärken
- Interkommunale bzw. regionale Kulturfinanzierung und –förderung
- Umlandfunktion ausbauen
- Qualifizierung und Know-Transfer

Formulierung konkreter Maßnahmen

Pauschalierung von kommunalen Fördermitteln in Sachsen

Um die Top-down-Bewilligungswege zu verkürzen, hat das Land Sachsen **erste Versuche** in die Wege geleitet, die Budgets der Kommunen nicht mehr zweckgebunden aufzustocken, sondern **den Körperschaften pauschal Mittel zuzuweisen**.

Die Kommunen können über diese Mittel selbst und lokal verfügen. Dies ist ein wichtiger Schritt zur Regionalisierung und dazu, das **Problem auf der Ebene lösen zu lassen, an der es aufgetreten ist**.

„Demografie-TÜV“ in Sachsen-Anhalt verbindlich oder operativ?“



Wie kann das erreicht werden?

- o Eine demografie-sensible Förderpolitik in Sachsen-Anhalt
- o Überprüfung aller Ausgaben der EU-Strukturfonds auf Demografietauglichkeit (EFRE, ESF und ELER) – Verpflichtung aus OP
- o Nachhaltiger und demografie-sensibler Einsatz der vorhandenen Strukturfondsmittel – Einführung von demografie-sensiblen Kriterien in die Förderrichtlinien

= > Demografie TÜV

Demografie-Check in der Landeshauptstadt Potsdam

„Mit einem Demografie-Check, den alle Beschlüsse, Satzungen und Vorlagen vorab durchlaufen, soll sichergestellt werden, dass unter dem demografischen Aspekt zukünftige Drucksachen geprüft werden.“

Beschluss der Potsdamer
Stadtverordnetenversammlung am 05.09.2007

Prozess Demografie – Check

1. Schritt

Gesamtstädtische
und sozialraum-
orientierte Analysen

Fachplanungen
Konzepte
Leitlinien

Beteiligungs-
verfahren

2. Schritt

Potsdam- die wachsende Landeshauptstadt

3. Schritt

Wirtschafts- u.
Wissenschafts-
standort

Heimatstadt

Familien- u.
Kinderfreund-
liche Stadt

Gestaltung
mit älteren
Menschen

4. Schritt

Demografische Leitziele

5. Schritt

Prüfungskriterien (Demografie – Check)

**Vielen Dank
für ihr Interesse!**

Steffen.Maretzke@bbr.bund.de